

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 16. Feb 2018

Antrag

MVV ticketfrei – spart CO2:

München wird durch Gebührenlösung Modellregion für die Bundesmittel „Nulltarif“

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt greift den Vorschlag der LINKEN auf, den ÖPNV im MVV-Gebiet durch ein ticketfreies System zu finanzieren: durch eine sozial gestaffelte ÖPNV-Gebühr aller Haushalte im MVV-Gebiet, ergänzt durch einen erhöhten Gewerbesteuer-Hebesatz und eine Abgabe der Beherbergungsbetriebe. Auf dieser Basis bewirbt sich die Landeshauptstadt bei der Bundesregierung um Mittel für den angekündigten „Nulltarif für den ÖPNV“. Durch die Einführung eines solchen Gebührensystems wird ein einfaches und transparentes Einspeisen der in Aussicht gestellten Bundesmittel ermöglicht. Die Verwaltung stellt gegenüber dem Stadtrat und Bundesregierung dar, durch welche Summe von Bundesmitteln die Haushaltsgebühr zumindest halbiert werden könnte.

Begründung:

In Pressemeldungen vom 14. Feb. 2018 wird von einem Brief berichtet, den die amtierende Bundesregierung – vertreten durch Barbara Hendricks (Umwelt), Peter Altmaier (Bundeskanzleramt) und Christian Schmidt (Verkehr) – an den EU-Umweltkommissar Karamenu Valla geschickt habe. Darin wird vorgeschlagen, zur Abwendung einer Klage der EU-Kommission wegen der schlechten Luft in den Städten „in einigen Städten kostenlosen ÖPNV zu testen“. Unklar bleiben dabei die Höhe der dazu notwendigen Mittel und die Form des Transfers zu den Kommunen.

Die LINKE hatte bereits im Juni 2017 in einem Antrag eine Gebührenfinanzierung des MVV gefordert. Damit soll der gegenwärtige und auch zukünftige Tarifdschunzel durch eine sozial gestaffelte Gebühr von allen Haushalten und Betrieben im MVV-Gebiet ersetzt werden. Auswärtige Gäste werden tatsächlich als Gäste behandelt und zur Fahrt mit dem ÖPNV eingeladen. Für die Gebühren wird eine sozialorientierte Staffelung entwickelt, bei der gewerblichen Wirtschaft dient der Gewerbesteuerhebesatz als Maßstab, beim Beherbergungsgewerbe die Anzahl der Übernachtungen.

Die bisher über den Ticketverkauf und staatliche Zuwendungen für den Schülerverkehr generierten Einnahmen von rund 920 Mio. Euro könnten so generiert werden. In diesem Modell wäre es somit leicht, die Bundesmittel transparent einzuspeisen, die Landeshauptstadt wäre die ideale Modellstadt für dieses Experiment.

Cetin Oraner (DIE LINKE), Brigitte Wolf (DIE LINKE)